Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 8

Artikel: Die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Afghanistan

Autor: Goertz, Stefan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-905608

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Afghanistan

Die ersten sechs Monate des Jahres 2020 waren sehr wichtig für die sicherheitspolitische Lage in Afghanistan. Die monatelange Blockade zwischen der Regierung und der Opposition konnte beendet und eine neue Regierung gebildet werden. Trotz des Friedensabkommens kam es wieder zu zahlreichen Anschlägen auf die Zivilbevölkerung und die afghanischen Sicherheitskräfte. Abschliessend wird die dschihadistische Organisation «Islamischer Staat» (IS) in Afghanistan untersucht.

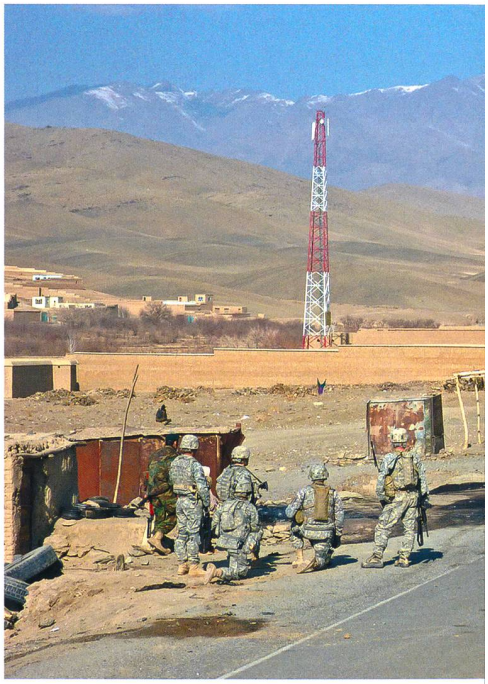
Afghanische Soldaten räumen IED.

Stefan Goertz

Ende Februar unterzeichneten die USA und die Taliban in Katar ein Friedensabkommen für Afghanistan. Es soll den stufenweisen US-Truppenabzug einleiten und den Weg zu innerafghanischen Friedensgesprächen ebnen. Knapp 19 Jahre nach der US-Invasion in Afghanistan unterzeichneten die USA und die islamistischen Taliban dieses Abkommen in Doha/Katar. Der US-Aussenminister Mike Pompeo bewertete das Abkommen mit den Taliban als einen «echten Test» für die Bemühungen um dauerhaften Frieden in Afghanistan. «Wir stehen erst am Anfang», sagte Pompeo in Doha. «Eine signifikante Verringerung der Gewalt wird die Bedingungen für Frieden schaffen, und das Fehlen derselben die Bedingungen für ein Scheitern», erklärte Pompeo.[1] Dazu warnte dieser die Taliban, das Abkommen als Eingeständnis einer Niederlage der USA zu werten. Weiter rief der US-Aussenminister die Taliban dazu auf, die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen in Afghanistan zu respektieren. Bei einem gemeinsamen Auftritt mit dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Kabul sprach US-Verteidigungsminister Mark Esper von einem «Schlüsselmoment im Friedensprozess».[2]

Das mehr als eineinhalb Jahre lang verhandelte Abkommen soll einen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan einleiten und im Gegenzug sollen die Taliban Garantien geben, dass Afghanistan kein sicherer Hafen (safe haven) für islamistische Terroristen wird und sie Friedensgespräche mit der Regierung in Kabul aufnehmen. In einem ersten Schritt soll die Zahl der US-Truppen um rund ein Drittel reduziert werden, von aktuell ca. 13 000 binnen 135 Tagen auf 8600 Soldaten. Darüber hinaus arbeiten die USA mit der NATO und anderen Verbündeten daran, die Zahl der NATO-Truppen proportional dazu zu verringern. Die USA und ihre Verbündeten wollen alle ihre verbleibenden Streitkräfte innerhalb von 14 Monaten abziehen. US-Präsident Trump schränkte den Truppenabzug mit den Worten «sollten schlimme Dinge passieren, werden wir zurückkehren», ein.[3]

Seit der internationalen Invasion in Afghanistan im Herbst 2001 – kurz nach den dschihadistischen Anschlägen in den USA am 11. September 2001 – konnten sich die Taliban von Pakistan aus neu gruppieren. Die Taliban war nach der In-



vasion in Afghanistan nie so stark, die afghanische Hauptstadt Kabul wieder komplett einzunehmen. Aber die bis zu 150 000 ausländischen Soldaten, die zeitweilig in Afghanistan stationiert waren, konnten die islamistischen Taliban auch nicht entscheidend bekämpfen. So war dieser Kleine Krieg (small war) seit Jahren in einer Pattsituation und er hat sich zum längsten Einsatz der US-Geschichte ausgewachsen, länger als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen. Die Taliban inszenieren sich nun als Akteur, welcher der Supermacht USA die Stirn geboten und die «ausländischen Besatzer zum Abzug gezwungen» habe.[4]

Monatelange innenpolitische Blockade

Der Konflikt zwischen Afghanistans Präsidenten Ghani und seinem Rivalen Abdullah behindert den innerafghanischen Friedensprozess seit Monaten. Im Mai einigten sich die Kontrahenten dann und wollen ihre Macht aufteilen. Nach Angaben des Regierungssprechers Sedik Sedikki unterzeichneten die beiden ehemaligen Rivalen in der afghanischen Hauptstadt Kabul eine politische Vereinbarung. So soll Abdullah den Rat für Friedensgespräche mit den islamistischen Taliban leiten. Mitglieder von Abdullahs Wahlkampfteam werden zudem in die Regierung aufgenommen.[5] Der Konflikt zwischen Ghani und Abdullah bestimmte die afghanische Politik seit der Präsidentenwahl im Herbst 2019, als die Wahlkommission Ghani mit knapper Mehrheit zum Sieger erklärt hatte. Abdullah erkannte das Ergebnis aber nicht an und liess sich nach Ghanis Amtseid von seinen Anhängern selbst zum Präsidenten erklären. Ghani baute daraufhin sein Kabinett in dem präsidialen System um und setzte den ehemaligen Regierungsgeschäftsführer Abdullah ab. Nachdem auch Vermittlungsversuche durch den US-Aussenminister Ende März fehlschlugen, stoppten die USA Hilfsgelder in Höhe von mehr als einer Milliarde Dollar und drohten mit weiteren Einschnitten. Der Streit der beiden ehemaligen Rivalen geht weit zurück. So hatten die beiden bereits nach der Präsidentenwahl 2014 über den Sieg gestritten. Als Kompromiss wurde damals nach monatelanger Vermittlung der USA eine Einheitsregierung gebildet.[6]

Gefangenenaustausch zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban

Anfang Juni machten die afghanische Regierung und die Taliban nach Wochen sicherheitspolitischer Eskalationen wieder Fortschritte beim Gefangenenaustausch. So entliess die afghanische Regierung Anfang Juni Hunderte inhaftierte Taliban, womit die afghanische Regierung inzwischen 3000 Taliban aus afghanischen Gefängnissen entlassen hat. Die Taliban wiederum liessen, nach eigenen Angaben, erst ca. 500 Gefangene frei, die afghanische Regierung beziffert die Zahl freigelassener Gefangener durch die Taliban auf lediglich 277.[7] Sowohl die afghanische Regierung als auch die islamistischen Taliban hatten Anfang Juni wiederholt ihre Bereitschaft für geplante Friedensgespräche mit der afghanischen Regierung bekräftigt. Auch der US-amerikanische Afghanistan-Gesandte Zalmay Khalilzad reiste für Vermittlungen nach Afghanistan. Der Gefangenenaustausch ist Teil des USA-Taliban-Abkommens, das beide Seiten Ende Februar in Doha unterzeichneten. Bis zu 5000 Taliban sollen im Tausch gegen 1000 von den Taliban festgehaltenen Gefangenen freikommen. Das Abkommen sieht nach fast zwei Jahrzehnten Krieg einen Abzug der internationalen Truppen vor und soll den Weg für innerafghanische Friedensgespräche ebnen.[8]

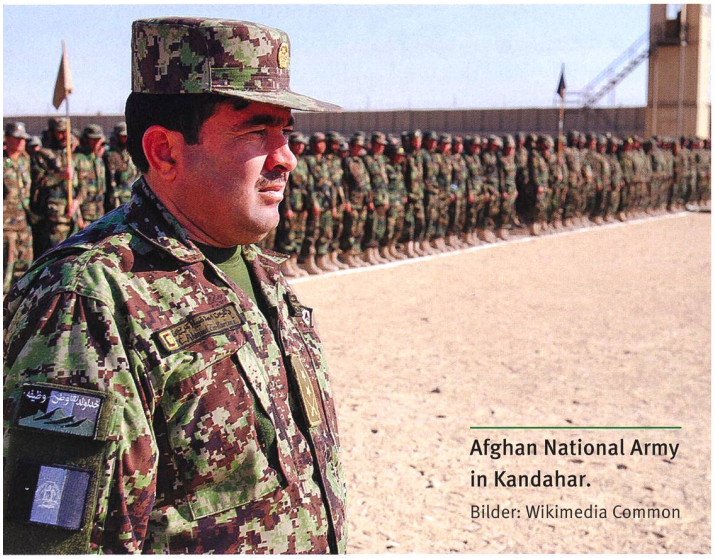
Dschihadistische Anschläge im Mai 2020

Im Mai 2020 wurde ein dschihadistischer Anschlag auf die Entbindungsstation eines Krankenhauses in Kabul verübt, dabei mindestens 14 Menschen getötet, unter ihnen zwei Neugeborene, mindestens 15 weitere Zivilisten wurden verletzt. In dem vom Anschlag betroffenen Krankenhaus sind auch ausländische Mitarbeiter von «Ärzte ohne Grenzen» (MSF) tätig. Einem Augenzeugen zufolge trugen die dschihadistischen Attentäter Polizeiuniformen. Erst nach stundenlangem Einsatz gelang es afghanischen Spezialkräften, die im Gebäude eingeschlossenen Menschen in Sicherheit zu bringen; alle

Anschlag der Taliban auf einen US-Konvoi.

US-Infanteristen in Afghanistan.

vier Attentäter wurden getötet.[9] Nahezu gleichzeitig wurde in der östlichen Provinz Nangarhar ein Selbstmordanschlag auf die Beerdigung eines Polizisten verübt und der Selbstmordattentäter tötete dabei mindestens 25 Menschen, über 70 Menschen wurden verletzt. Der Attentäter hatte sich in der Nähe der Provinzhauptstadt Dschalalabad inmitten der Trauerfeier für einen lokalen Polizeichef, der rund tausend Menschen beiwohnten, in die Luft gesprengt. Neben den islamistischen Taliban ist in der Provinz Nangarhar auch die dschihadistische Organisaton «Islamischer Staat» aktiv. Innerhalb von wenigen Tagen im Mai stieg die Zahl terroristischer Anschläge in Afghanistan erheblich. Im Osten Afghanistans, in der Provinz Laghman, wurden in einer Nacht mindestens 22 afghanische Soldaten bei Kämpfen mit den Taliban getötet und mehr als ein Dutzend Militärfahrzeuge beschädigt. Ein afghanischer General, der für die Sicherheit der Grenze im Osten Afghanistans zuständig ist, berichtete, die Angriffe der Taliban und anderer militanter Gruppen auf die afghanischen Sicherheitskräfte hätten im Mai um 50 Prozent zugenommen. Vor der Unterzeichnung ihres Friedensabkommens mit den USA Ende Februar hatten die Taliban sich an eine vereinbarte Phase der «Gewaltreduzierung» gehalten, seitdem haben sie ihre Angriffe auf afghanische Sicherheitskräfte allerdings wieder verstärkt.[10]



Afghan National Army in Kandahar.
Bilder: Wikimedia Common

In einer Fernsehansprache verkündete Ghani als Antwort auf den dschihadistischen Anschlag auf die Geburtsstation, die afghanische Armee werde die seit Ende Februar geübte Zurückhaltung aufgeben: «Ich befehle allen Sicherheitskräften, ihre aktive Verteidigungsposition zu beenden und ihre Operationen gegen den Feind wiederaufzunehmen.»[11] Den Taliban warf Ghani vor, ihre Angriffe verstärkt und Aufrufe zur Eindämmung der Gewalt ignoriert zu haben. Die Taliban wiederum nannten Ghanis Ankündigung eine «Kriegserklärung». Sie seien «voll und ganz vorbereitet», auf jede Art von Angriff zu reagieren, hiess es in einer Mitteilung ihres Sprechers Zabihullah Mudschahid.[12] Die Regierung in Kabul sei verantwortlich für alle Konsequenzen und «eine weitere Eskalation der Gewalt». Der US-Aussenminister verurteilte die Anschläge im Mai, insbesondere während des «heiligen Monats Ramadan». Den Angriff auf Kinder und Schwangere nannte er «einen Akt des puren Bösen».[13]

Die dschihadistische Organisation «Islamischer Staat» in Afghanistan

Die dschihadistische Organisation «Islamischer Staat» ist in Afghanistan seit Anfang 2015 aktiv, zunächst als kleine Terrormiliz, die sich als Ableger des im Irak und in Syrien ausgerufenen Neo-Kalifats verstand. Zu Beginn gehörten dem IS in Afghanistan einige afghanische sowie pakistanische Taliban an, die ihre Stellungen jenseits der Grenze zu Pakistan hatten aufgeben müssen. Mittlerweile verfügt der IS am Hindukusch nach Geheimdienstkenntnissen über mehrere tausend Kämpfer, unter ihnen Dschihadisten aus Usbekistan und anderen zentralasiatischen Ländern, aus Indien, dem Nahen Osten und Tschetschenien.[14] Die in Afghanistan stationierten US-Truppen und afghanische Soldaten haben die Kämpfer des IS in Afghanistan von Anfang an intensiv bekämpft. Das Kerngebiet des IS in Afghanistan ist die Gebirgsregion im Norden des Landes. Die meisten IS-Angriffe erfolgten nach einer Analyse der Vereinten Nationen in den Provinzen Nangarhar und Kunar sowie in der Hauptstadt Kabul. Anschlagsziele sind immer wieder schiitische Moscheen und Versammlungen. Im März wurde durch einen IS-Anschlag auf eine Gedenkzeremonie für einen politischen schiitischen Führer mehr als 30 Menschen getötet. Bei einem Anschlag des IS auf einen Sikh-Tempel Ende März starben 25 Zivilisten.[15]

Fazit

Die sicherheitspolitische Lage in Afghanistan bleibt auch nach dem Friedensabkommen zwischen den Taliban und den USA angespannt, was durch die gestiegene Anzahl terroristischer Anschläge im Monat Mai unterstrichen wird. Der angekündigte Abzug der US-Truppen und anderer internationaler Truppen aus Afghanistan könnte ein Machtvakuum hinterlassen, das die afghanischen Sicherheitskräfte nicht füllen können und die Taliban nach der westlichen Invasion 2001 historisch erstarken lassen. Als Ausblick: Viele der zivilgesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Fortschritte, die Afghanistan durch das bald 19 Jahre lange Engagement westlicher Truppen erfahren hat, beispielsweise die Stärkung der Frauenrechte, könnten innerhalb kürzester Zeit in Gefahr sein. ■

1 https://www.dw.com/de/usa-und-taliban-unterzeichnen-abkommen-in-doha/a-47720466; 12.6.2020.
2–3 Ebd.
4 https://www.sueddeutsche.de/politik/afghanistan-taliban-usa-frauen-verhandlungen-frieden-1.4826559a; 12.6.2020.
5 https://www.tagesschau.de/ausland/afghanisan-ghani-abdullah-101.html; 12.6.2020.
6 Ebd.
7 https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-06/afghanistan-kabul-taliban-gefangenenaustausch-friedensgespraeche; 12.6.2020.
8 Ebd.
9 https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-anschlaege-auf-krankenhaus-in-kabul-und-trauerfeier-16765965.html; 12.6.2020.
10 Ebd.
11 https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/friedensprozess-in-afghanistan-in-gefahr-16768511.html; 12.6.2020.
12–13 Ebd.
14 https://www.dw.com/de/sondereinheit-fasst-is-führungsriege-von-afghanistan/a-53020035; 12.6.2020.
15 Ebd.

Prof. Dr. Stefan Goertz
Professor für Sicherheitspolitik, Extremismus- und Terrorismusforschung
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck